

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 12, Haushaltsplanberatungen 2017 in der Ratssitzung am 25. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

am vergangenen Freitag berichtete die Aachener Zeitung zum heutigen „Murmeltiertag“, an dem traditionsgemäß zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen in diesem altherwürdigen Rathaus die Haushaltsreden der Fraktionen gehalten werden, dass die Mehrheit von CDU und SPD ihr „gesammeltes Maßnahmenpaket“ der Presse vorgestellt hat, da die Reden sowieso kaum jemanden mehr interessieren. Dennoch ist gerade für die Opposition heute ein wichtiger Tag, um der Mehrheit ihre Versäumnisse und falschen Prioritätensetzungen vorzuhalten!

Wir alle wissen, dass wir nur noch knapp von dem unheilvollen Haushaltssicherungskonzept entfernt sind und daher wenig Raum besteht uns Wünsche zu erfüllen. So hat der Bundesfinanzminister in seiner Haushaltsrede vor dem Deutschen Bundestag Ende November vergangenen Jahres ausgeführt, dass die Sterntaler im Märchen von Frau Holle auch nur für diejenigen vom Himmel fallen, die Gutes damit tun.

Aus diesem Grunde nun werden rund 300.000 Euro zusätzlich im Bürgerservice angesetzt und zusätzliches Personal unter der Überschrift „Dezentrale Dienste“ auch in den Bezirksämtern bereitgestellt. Im Wege einer Verbesserung des Bürgerservice ist das sicherlich lobenswert, so dass wir im Finanzausschuss diese Veränderung zur Haushaltseinbringung auch gerne unterstützt haben.

Die Freien Demokraten wollen aber Schwerpunkte setzen statt weiter nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren. Wir wollen daher mit gezielter Förderung und Anreizsetzung preisgünstigen Wohnraum schaffen, mehr Personal bei Feuerwehr und Ordnungsamt einstellen, umweltfreundliche Elektromobilität, insbesondere bei den Bussen der ASEAG fördern, die großen Bauprojekte wie Campus West, Richtericher Dell, Bluegate und Büchel – aber ohne Lauf- oder Schauhaus – beschleunigen, endlich wieder eine Buslinie über den Markt einführen, am besten natürlich von in Aachen entwickelter Elektrotechnologie angetrieben und einen Feierabendmarkt zur Attraktivierung der Altstadt einrichten.

Wir wollen Bürokratie abbauen, beispielsweise überflüssige Gestaltungs- und Straßensatzungen und eine Willkommenskultur für ansiedlungswillige Unternehmen wie Peek & Cloppenburg setzen, eine unternehmensfeindliche Wirtschaftsförderungspolitik wie bei der Decathlon-Entscheidung Ende vergangenen Jahres ist für uns Liberale nichts anderes als Protektionismus à la Trump!

Geradezu grotesk mutet es jedoch an, wenn die Mehrheit sich selbst den Sparwillen auf die Habenseite verbucht, wenn die nach 2019 wegfallenden kommunalen Beiträge zum „Fonds Deutsche Einheit“ in zweistelliger Millionenhöhe nicht wieder ausgegeben werden, sondern zur Verringerung des Defizits in der mittelfristigen Finanzplanung beitragen sollen! Würden diese wegfallenden Ausgaben nämlich anderweitig verwendet, so wäre der Gesamthaushalt eben nicht mehr genehmigungsfähig!

Wir Kommunalpolitiker haben jedoch nicht nur das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, sondern auch die Pflicht, für dauerhaft gesunde Finanzen in unserer Stadt zu sorgen.

Die Kämmerin hat dazu bei der Haushaltseinbringung im vergangenen Oktober ausgeführt, dass der absolute Wert des Fehlbedarfs zunächst mit circa 33 Millionen Euro konstant bleibt – und das trotz steigender prozentualer Verzehrgröße beim Eigenkapital – und dann zum Ende des Planungszeitraums auf 19 Millionen Euro sinkt. Dieses markante Absinken des Fehlbedarfs resultiert aus der Ausplanung der Beiträge für den angesprochenen „Fonds Deutsche Einheit“, der im letzten Jahr der mittelfristigen Planung, also 2020, eine Belastung von 12,5 Millionen Euro zur Folge gehabt hätte. Der Prozentsatz des Fehlbedarfes sinkt so von 2019 mit gut 5 Prozent, bei einmaliger Überschreitung der Fünfprozentgrenze, im Jahr 2020 auf nur noch etwas mehr als 3 Prozent. Dennoch verringert sich das Eigenkapital absolut bis 2020 auf nur noch knapp 600 Millionen Euro, so dass es sich seit dem Stand zum Ende des Jahres 2010 von 969 Millionen Euro bis zum Ende des Jahres 2024 bei Fortsetzung der unterstellten Entwicklung halbiert hat.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung, insbesondere Herrn Kind und Herr Guth, gebührt unser Dank für die Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs seit dem vergangenen Frühjahr und danach in den politischen Diskussionen zunächst mit der politischen Mehrheit, die diesen Etat letztendlich zu verantworten hat, und dann in den Beratungen in den Fachausschüssen und Bezirksvertretungen und schließlich nach den üblichen zwei Veränderungsnachweisungen im Finanzausschuss in der letzten Woche!

Ein ganz besonderes Kompliment gilt jedoch der Kämmerin selbst! Von Jahr zu Jahr wird es schwieriger einen genehmigungspflichtigen Entwurf aufzulegen. Die Zeit wird immer schnelllebiger, die Ereignisse sind unzuverlässig und kaum mehr vorhersehbar, so dass es viele Nerven kostet die Eckdaten immer wieder neu anzupassen, wenn sich Handlungsbedarf ergibt. Die Schlüsselzuweisungen fließen mit einem neuen Höchstbetrag von 116 Millionen Euro in den Haushalt, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudeln weiter bei etwa 178 Millionen Euro.

Daher ist es erfreulich, dass die Stadt Aachen von weiteren Erhöhungen der Hebesätze der Gewerbesteuer und Grundsteuer B nach 2014 und 2015 absieht.

Sorgen macht uns allen jedoch die Finanzierungsstruktur der Städteregionsumlage, auch wenn sie sich für die Stadt Aachen günstig auswirkt, weil anders als bei den kreisangehörigen Gemeinden nicht die Umlage als solche relevant ist, sondern die Schlussabrechnung der an die Städteregion übertragenen Aufgaben, so dass etwa drei Millionen Euro an die Stadt zurückfließen werden. Für die Städteregion, die sich gemäß § 2 des Aachen-Gesetzes nach den Regelungen der Kreisordnung im Wege der Regionsumlage refinanziert, wird dieses Verfahren jedoch nunmehr existenzbedrohlich, so dass die Haushaltsberatungen der Städteregion wegen dieser Unsicherheiten und dem erheblichen Missfallen der anderen regionsangehörigen Gemeinden von Anfang Dezember letzten Jahres auf den 06.04.2017 verschoben werden mussten. Zu diesem Zeitpunkt dürfte unsere Haushaltssatzung bereits von Frau Walsken genehmigt worden sein, so dass die Finanzsteuerung bereits mit der Erstellung des Entwurfes für 2018 beginnen kann!

Im Superwahljahr 2017 müssen sich daher alle wohlwollenden politischen Parteien für eine Anpassung des Aachen-Gesetzes mit dem Ziel einer Möglichkeit der Spitzabrechnung bei

ihren Mandatsträgern einsetzen, und vor allem bei der am 14. Mai neu gewählten Landesregierung und dem für Kommunales zuständigen Innenministerium!

Aber auch wir in Aachen müssen die Konsolidierung des Haushalts endlich angehen, denn leider wird auch die dritte Stufe des Stärkungspaktes die Kommunalverschuldung nicht nachhaltig beeinflussen. Wir müssen daher insbesondere die Sparempfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt konsequent umsetzen und nicht nur zur Kenntnis nehmen wie im letzten Jahr.

Die GPA hatte insofern folgerichtig ausgeführt, dass das strukturelle Defizit in Höhe von damals 38 Millionen Euro einen nachhaltigen Konsolidierungsbedarf begründe und es im Rahmen der notwendigen Konsolidierung zunächst gelte das neue Instrument der verstärkten Steuerung über Ziele und Kennzahlen zu nutzen, um zunächst wenigstens den derzeitigen Haushaltsstatus halten zu können. Hiermit haben wir uns alle, Verwaltung und Politik, Mehrheit und Opposition, zunächst sehr schwer getan. Erst in letzten Monaten wurden die Ziele und Kennzahlen in den Fachausschüssen thematisiert, so dass uns der Nutzen dieses wertvollen Steuerungsinstruments dann wenigstens bei den Beratungen für den nächsten Haushalt 2018 dienlich sein werden. Bis jetzt jedenfalls ist hier gerade einmal die Hälfte der Arbeit getan!

Neben einer angepassten Kosten- und Leistungsrechnung mit produktorientierten Beschreibungen der Ziele und Kennzahlen, hat die Gemeindeprüfungsanstalt eine umfangreiche Inventur, eine interne Qualitätskontrolle mit standardisierten Prozessen, die insbesondere von Freien Demokraten und Grünen immer wieder geforderte Aufgabenkritik mit Schwerpunktsetzung auf der Ausgabenseite, eine zielorientierte Personalentwicklung – aber nicht mit einer starren Wiederbesetzungssperre – eine Senkung der IT-Kosten und auch eine Kreditoptimierung sowie die Reduzierung von Wettbewerbs- und Beratungskosten sowie auch eine Aufgaben- und Flächenkritik im Gebäudemanagement gefordert.

All dies hat die Mehrheit von CDU und SPD bisher versäumt!

Natürlich ist es schmerzhaft, Standards herunterzufahren und auch einmal Nein zu sagen, wie es beispielsweise Städteregionsrat Etschenberg in seinem großen Interview mit den lokalen Zeitungen auf den Punkt gebracht, als er bei den Fraktionen im Städteregionstag mangelnden Sparwillen konstatierte.

Auch unsere Stadtkämmerin hat im vergangenen Jahr einmal deutlich „Nein“ gesagt! Es wurde den personalintensiven sechs Eigenbetrieben Kulturbetrieb, Theater, Volkshochschule, Gebäudemanagement, Stadtbetrieb und Eurogress zwar zugestanden, dass es ihnen nicht möglich ist, die entstehenden Tarifsteigerungen von deutlich mehr als einem Prozent selbst zu erwirtschaften und in ihren Wirtschaftsplänen abzubilden. Das durfte jedoch - gerade im Wege der Gleichbehandlung mit der Kernverwaltung – nicht bedeuten, dass auch über das Haushaltsjahr hinaus die zukünftig zu erwartenden Tariferhöhungen vom Haushalt aufgefangen werden können. Der Kämmerin gebührt daher der Dank, diese Forderung der grundsätzlichen Übernahme des zukünftigen Personalrisikos der Eigenbetriebe abgelehnt zu haben!

Zurück zu den Sparvorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt! Neben einer Überprüfung des kommunalen Gebäudebestandes und einer Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten bei den KAG-Beiträgen wird vor allem eine Reduzierung der Aufwendungen im Produktbereich Kultur und Wissenschaft angeregt. Ich zitiere Seite 20 des Berichts: „ Auffällig ist der

Produktbereich Kultur und Wissenschaft. Der Jahresfehlbetrag liegt jährlich bei annähernd 40 Millionen Euro. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Betriebskostenzuschüsse an die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Stadttheater und Kulturbetrieb.“ Und im Folgenden: „der nachfolgende Vergleich zeigt, dass die Stadt Aachen zu den kreisfreien Städten mit dem höchsten Defizit je Einwohner des Produktbereiches Kultur und Wissenschaft zählt.“

Daher hat die GPA der Stadt Aachen empfohlen, kritisch zu hinterfragen, in welchem Umfang freiwillige Aufgaben im Kultur- und Wissenschaftsbereich weitergeführt oder reduziert werden können.

Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um den geänderten Wirtschaftsplan des Kulturbetriebs E 49 zum Jahresende mit unterjährigen Zuschusserhöhungen von einer Dreiviertel Million Euro in Bezug auf die Route Charlemagne, die eben schon problematisierten Tarifierhöhungen der Angestellten für 2017 und die Mehrkosten für das Depot und der nach Vorlage des Wirtschaftsplans des Stadttheater wieder aufkommenden Diskussion um den dortigen Zuschussbedarf, ist die Zeit gekommen die Erstellung der Wirtschaftspläne dieser beiden Eigenbetriebe nunmehr kritisch zu begleiten. Dem Wirtschaftsplan 2016 von E 49 hat die FDP daher im Dezember im Finanzausschuss und bei der Beschlussfassung in Betriebsausschuss und Rat schon nicht zugestimmt.

Auch der Haushaltssatzung 2017 stimmen die Freien Demokraten nicht zu!

Zwar ist es der Kämmerei wieder gelungen einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Einer kritischen sachpolitischen Analyse hält die Satzung jedoch aus unserer Sicht nicht stand!

Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wiederhole ich mein Postulat aus den Vorjahren, dass es nicht ausreicht in der Haushaltsdebatte Fensterreden zu halten und das „Regierungsprogramm“ der Großen Koalition vorzutragen, wenn davon dann im folgenden Jahr wiederum nichts umgesetzt wird! Das Haushaltssicherheitskonzept der Kölner Bezirksregierung rückt von Jahr zu Jahr näher, zumal die Bemessungsgrundlage für den Eigenkapitalverzehr immer kleiner wird und die allgemeine Rücklage alle drei Jahre um etwa 100 Millionen Euro schrumpft.

Der politischen Mehrheit fehlt jedoch leider immer noch jeglicher Gestaltungs- und Konsolidierungswille! Und da sind wir wieder beim Marmeliertag – the same procedure as last year? – the same procedure as every year!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!